

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

65. Sitzung  
am Donnerstag, dem 29. Januar 1998, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

in Vertretung

von Berndt Steincke

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

<b>T a g e s o r d n u n g :</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Modellprojekt "Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens im Bereich der Forstverwaltung"</b> Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und ForstenUmdruck 14/1518	<b>4</b>
<b>2. Konzept für die bauliche Gesamtanierung des Landeshauses</b> Vorlage des LandtagsdirektorsUmdruck 14/1521	<b>5</b>
<b>3. Teilnahme an einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung eines für eine Landtagsfraktion tätigen Landesbeamten</b> Vorlage des Wissenschaftlichen Dienstes des LandtagesUmdruck 14/1407	<b>7</b>
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesrichtergesetzes und des Gesetzes über die Datenzentrale Schleswig-Holstein</b> Gesetzentwurf der LandesregierungDrucksache 14/1055	<b>9</b>
<b>5. Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen bebauten Liegenschaft in Kiel, Beselerallee 41/Adolfstraße 48</b> Antrag des Ministeriums für Finanzen und EnergieDrucksache 14/1202	<b>10</b>
<b>6. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"</b> Bericht der LandesregierungDrucksache 14/1187	<b>11</b>
<b>7. Inanspruchnahme der 58er-Regelung und Verwendung der eingesparten Mittel</b> Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1548	<b>12</b>
<b>8. Information/Kenntnisnahme</b> Umdruck 14/1467 - Erfolgspläne der Klinika der CAU und der MULUmdruck 14/1511 - Vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 1998Umdruck 14/1517 - Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck	<b>13</b>
<b>9. Verschiedenes</b>	<b>14</b>

**Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.**

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Modellprojekt "Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens im Bereich der Forstverwaltung"**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/1518

Auf eine Frage des Abg. Stritzl antwortet FD Böhling, daß das Ergebnis des Jahres 1997 im Mai dieses Jahres vorgelegt werden werde.

P Dr. Korthals merkt an, daß ein Controlling-Bericht nur dann aussagefähig sei, wenn er auch wirklich zeitnah vorgelegt werde, und außerdem müsse ein Vergleich mit den Haushaltsansätzen gewährleistet sein. Der Landesrechnungshof werde sich die Steuerungsinstrumente ansehen und gegebenenfalls eigene Vorschläge unterbreiten. Der Vorsitzende stimmt P Dr. Korthals zu und präzisiert den Begriff "zeitnah" dahin, daß der Bericht spätestens einen Monat nach Ablauf des betreffenden Quartals vorliegen müsse, da man sich anderenfalls "das ganze Papier sparen" könne.

FD Böhling merkt an, daß sich die Verwaltung derzeit noch in einer Phase der Umstrukturierung befinde. Ein zeitnaher Controlling-Bericht könne wegen des nicht hinreichend flüssigen Datenzulaufs nicht gegeben werden; das Instrumentarium sei noch nicht bis zum letzten ausgefeilt, aber die Bemühungen gingen in die gewünschte Richtung.

St Dr. Lohmann sagt zu, um eine zeitnahe Berichterstattung durch die Ressorts bemüht zu sein.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl nach der Wahrscheinlichkeit der Prognose antwortet FD Böhling, bei der Neuwaldbildung werde das Ziel nicht erreicht werden, bei den sonstigen Kulturen sei das Ziel erreicht worden, beim Holzeinschlag seien die Einnahmeerwartungen unterschritten worden, und beim Waldschutz sei der Betrag bei weitem nicht in Anspruch genommen worden; bei den übrigen Teilzielen - Jagd, Landschaftspflege/Naturschutz, Erholung/Öffentlichkeitsarbeit und Wildpark - sei die Entwicklung entsprechend der Planung verlaufen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Konzept für die bauliche Gesamtanierung des Landeshauses**

Vorlage des Landtagsdirektors Umdruck 14/1521

Auf eine Frage des Vorsitzenden antwortet MDgt Simonsmeier-Schriewer, daß die in der Vorlage erwähnte Hausbegehung durch die Landesbauverwaltung und die Landtagsverwaltung zwar stattgefunden habe, daß aber ein weiterer Termin mit einer Abschlußbegehung noch ausstehe; ein abschließendes Ergebnis über den Umfang des Sanierungsbedarfs könne deshalb im Augenblick nicht vorgelegt werden. Aus demselben Grunde könne auch keine Kostenschätzung abgegeben werden. In jedem Fall aber überstiegen die Summen, die bisher im Gespräch seien, bei weitem das, was nach der mittelfristigen Finanzplanung überhaupt zu leisten wäre. Als Konsequenz ergebe sich daraus, entweder das Landeshaus zu sanieren und die Schäden zu begrenzen oder mit Hilfe eines Dritten ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl erläutert St Dr. Lohmann, unter dem Begriff "Lübecker Modell" sei die Finanzierung von Investitionen durch Verrechnung mit den Einsparungen bei den laufenden Kosten insbesondere für Wärme und Strom zu verstehen. Ungeklärt sei noch die haushaltsrechtliche Frage, ob es sich dabei um einen Kredit oder ein kreditähnliches Geschäft handele.

MDgt Simonsmeier-Schriewer erklärt, daß ihr diese Definition bisher nicht bekannt gewesen sei, und hält eine Lösung des Problems nach dem "Lübecker Modell" auch nicht für vorstellbar. Abg. Stritzl stimmt dem zu.

MDgt Simonsmeier-Schriewer betont, in den Fraktionen müsse zunächst geklärt werden, ob ausschließlich auf den Sanierungsbedarf oder auf die in der Vorlage unter III und IV aufgeführten Gesamtmaßnahmen abgestellt werden solle. Der Vorsitzende stimmt ihr zu, und Abg. Astrup erklärt, daß sich die Parlamentarischen Geschäftsführer bereits mit der Thematik beschäftigt hätten. In Gesprächen mit Besuchern verstärke sich bei ihm von Mal zu Mal die Überzeugung, "daß das Landeshaus eher geeignet ist, die Bedürftigkeit Schleswig-Holsteins nach dem Länderfinanzausgleich nachzuweisen, aber nicht unbedingt als Parlamentsgebäude vorzeigbar ist". Deshalb sollte sich das Parlament in seiner Gesamtheit Gedanken über die Bedeutung des Landeshauses machen, gemeinsam eine Grundlage für Verbesserungen schaffen, die über die reine Sanierung hinausgingen, und den Mut finden, dies auch vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Abg. Heinold hält es für wichtig, das Landeshaus in seiner Substanz zu erhalten und die Sanierungsmaßnahmen entsprechend einzuordnen; eine Anwendung des "Lübecker Modells" auf das Sanierungskonzept für das Landeshaus halte sie unter den gegebenen Umständen für sinnvoll.

Abg. Neugebauer legt dar, in der Diskussion über die Sanierung des Landeshauses werde stets die Frage in den Mittelpunkt gestellt, wie dieses Gebäude als Zentrum der Demokratie in Schleswig-Holstein in einen Zustand versetzt werden könne, der mindestens dem der meisten Rathäuser und Amtsgebäude in Schleswig-Holstein entspreche. Dabei habe immer wieder der Mut gefehlt, darauf hinzuweisen, daß eine derartige Maßnahme eben auch ihren Preis habe. Das "Stochern im Nebel" müsse beendet werden, bevor über Finanzierungsmodelle nachgedacht werde.

MDgt Simonsmeier-Schriewer greift eine Bemerkung der Abg. Heinold über die Behindertengerechtigkeit des Landeshauses auf und teilt mit, die Landtagsverwaltung habe sich kürzlich zu dem unkonventionellen Schritt entschieden, einen Rollstuhlfahrer zu bitten, sich das Landeshaus unter dem Aspekt der Behindertengerechtigkeit anzusehen. Das Ergebnis werde den Abgeordneten vorgelegt werden.

Der Vorsitzende äußert, er gehe davon aus, daß die Landtagsverwaltung in der Lage sein werde, den unter I und II der Vorlage aufgeführten Sanierungsbedarf zu quantifizieren und dem Ausschuß einen Bericht vorzulegen; über die unter III und IV aufgeführten Maßnahmen müßten die Fraktionen entscheiden. Er greift eine Bemerkung des Abg. Stritzl auf und sagt zu, das Thema erneut auf die Tagesordnung der für den 26. Februar 1998 vorgesehenen Sitzung des Finanzausschusses zu setzen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Teilnahme an einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung eines für eine Landtagsfraktion tätigen Landesbeamten**

Vorlage des Wissenschaftlichen Dienstes des LandtagesUmdruck 14/1407

Ref Hübner trägt die Vorlage des Wissenschaftlichen Dienstes vor.

Abg. Heinold führt aus, die Teilnahme eines für eine Landtagsfraktion tätigen Landesbeamten an einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung und der gleichzeitige Ausschluß eines Fraktionsmitarbeiters, der nicht über diesen Status verfüge, führe zu einem Zwei-Klassen-Recht der Mitarbeiter. Abg. Stritzl hält dagegen, nicht diese Überlegung, sondern das Zwei-Klassen-Recht im Verhältnis von Regierung und Parlament sei entscheidend. Er plädiere für eine Regelung, die neben den Beauftragten der Landesregierung auch Fraktionsmitarbeitern die Möglichkeit der Teilnahme an einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung einräume, um auf diese Weise das Prinzip der Waffengleichheit zu gewährleisten. Abg. Heinold zeigt sich von dieser Argumentation überzeugt, meint aber, daß dann die Frage anders formuliert und generell auf die Teilnahme von Fraktionsmitarbeitern abgestellt werden müsse. Abg. Sporendonk schließt sich dem an.

Abg. Astrup gesteht zu, daß kleinere Fraktionen mitunter Probleme haben, in Ausschußsitzungen durch Abgeordnete vertreten zu sein, und gibt zu überlegen, eine Änderung der Geschäftsordnung herbeizuführen. Für eine Abweichung von der gegenwärtig geltenden Geschäftsordnung sehe er keinen Anlaß.

Abg. Stritzl erklärt sich bereit, dem Gedanken einer Änderung der Geschäftsordnung näherzutreten, und bezeichnet es als eine in sich widersinnige Struktur, Fraktionsmitarbeiter von der Teilnahme an nichtöffentlichen Ausschußsitzungen auszuschließen, sie aber zu - ebenfalls nichtöffentlichen - Sitzungen der Fraktion oder eines Arbeitskreises zu demselben Thema zuzulassen.

Abg. Heinold hält eine intensive Diskussion über das Problem für geboten, damit geklärt werde, ob unter dem Begriff "Fraktionsmitarbeiter" zum Beispiel auch die Sekretärin oder der Kraftfahrer zu verstehen sei.

Der Vorsitzende regt an, auf eine Diskussion dieses Themas im Ältestenrat hinzuwirken mit dem Ziel, gemeinsam zu einer vernünftigen Regelung zu kommen und die im Verlauf der Diskussion angesprochene Waffengleichheit herzustellen.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesrichtergesetzes und des Gesetzes über die Datenzentrale Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1055

hierzu: Umdrucke 14/1380, 14/1381, 14/1382, 14/1383, 14/1411, 14/1420, 14/1421, 14/1422, 14/1447, 14/1449, 14/1450, 14/1478, 14/1482, 14/1498, 14/1499, 14/1502, 14/1503, 14/1504, 14/1505, 14/1506, 14/1513, 14/1515, 14/1519, 14/1525, 14/1526, 14/1537

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Der Vorsitzende regt an, den Gesetzentwurf gemeinsam in der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuß auf den 25. Februar 1998 terminierten Sitzung zu beraten. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen bebauten  
Liegenschaft in Kiel, Beselerallee 41/Adolfstraße 48**

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/1202(überwiesen am 21. Januar 1998)

MDgt Rohs greift eine Bemerkung von VP Dr. Schmidt-Bens auf und stellt klar, daß vom Bruttoprinzip nicht abgewichen werde, da sich nach dem abgeschlossenen Vertrag der Kaufpreis um den Betrag von 40.000 DM verringere.

Mit den Stimmen aller Fraktionen stimmt der Ausschuß dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG;  
hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan "Verbesserung der  
regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1187 (überwiesen am 22. Januar 1998 an den Wirtschaftsausschuß und den Finanzausschuß zur abschließenden Beratung)

Abg. Heinold bittet, das Beratungsergebnis des federführenden Wirtschaftsausschusses abzuwarten und den Punkt zurückzustellen. - Der Ausschuß stimmt dem zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Inanspruchnahme der 58er-Regelung und Verwendung der eingesparten Mittel**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1548

Abg. Heinold erklärt, ihr sei daran gelegen, am Jahresende auch wirklich nachvollziehen zu können, welche Teile des in der Anlage aufgeführten "Programms zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein" auch tatsächlich realisiert worden seien.

St Dr. Lohmann führt aus, eine definitive Aussage könne erst im Zuge des Haushaltsabschlusses gemacht werden, erklärt sich aber bereit, "eine Art Zwischenbericht" zu geben.

Auf eine Frage des Abg. Kubicki teilt St Dr. Lohmann mit, daß nach der 58er-Regelung die Stellen erst zum Zeitpunkt der Pensionierung der betreffenden Beamten eingespart werden.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

#### **Umdruck 14/1467 - Erfolgspläne der Klinika der CAU und der MUL**

Auf Vorschlag des Abg. Neugebauer wird die Vorlage als ordentlicher Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen.

#### **Umdruck 14/1511 - Vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 1998**

Auf eine Frage der Abg. Heinold nach der veranschlagten Personalkostensteigerung antwortet MDgt Rohs, daß die Landesregierung "seit eh und je" wegen der bevorstehenden oder der laufenden Tarifverhandlungen den im Haushalt veranschlagten Betrag nicht bekanntgebe.

Abg. Stritzl merkt an, daß ihn diese Argumentation angesichts der in die Personalkostenbudgets eingearbeiteten Steigerungsraten nicht überzeuge.

Der Vorsitzende sperrt sich dagegen, die veranschlagte Personalkostensteigerung in einer öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, und empfiehlt, darüber lediglich die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen zu informieren.

#### **Umdruck 14/1517 - Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck**

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Vorsitzende kündigt an, die Vorlagen zum Thema "**Deutscher Grenzverein**", Umdrucke 14/1409 und 14/1049, zum Gegenstand der Beratungen der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" am 12. Februar 1998 zu machen.
  
- b) Der Vorsitzende hält - unterstützt von P Dr. Korthals - eine Diskussion über das **Unternehmenskonzept der Datenzentrale** in einer Sitzung noch im ersten Quartal 1998 für dringend erforderlich.
  
- c) Der Vorsitzende schlägt vor, mit dem Wirtschaftsausschuß Verbindung aufzunehmen und einen Termin für die Behandlung des Entschließungsantrages zum Thema "**Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen**", Drucksache 14/1220, zu vereinbaren. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.
  
- d) Der Vorsitzende schlägt vor, die **Textziffern 22, 23 und 24 der Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs** zum Gegenstand der Beratungen in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" am 5. Februar 1998 zu machen und dazu die Staatssekretäre Jöhnk und Dr. Swatek einzuladen. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

In einer kurzen Diskussion bringen Abgeordnete aller Fraktionen ihre Verwunderung insbesondere über die Haltung der Staatsanwaltschaft zum Ausdruck, und der Vorsitzende äußert, seine Position in dieser Angelegenheit sei von "Ratlosigkeit und tiefer Sorge geprägt, ob der Rechtsstaat an einer entscheidenden Stelle noch funktionsfähig ist".

Abg. Kähler spricht die Diskussion über die Thematik in der Öffentlichkeit an und hält es nicht für angebracht, "als Abgeordnete noch einen obendraufzusetzen". Ein derartiges Verhalten könne sich nämlich als Bumerang erweisen. Zwischen den Vorgängen, die der

Landesrechnungshof festgestellt habe, und den daraus möglicherweise zu ziehenden rechtlichen Konsequenzen müsse strikt unterschieden werden.

- e) Abg. Stritzl bittet, für die nächste Sitzung des Finanzausschusses einen **Bericht des Ministers für Finanzen und Energie über die Finanzministerkonferenz am 22. Januar 1998** vorzusehen. - Der Vorsitzende sagt zu, das Erforderliche zu veranlassen.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer